

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt, Bau am 11.05.2023
(11. Wahlperiode)

Tag es o r d n u n g

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW bzgl. Vorstudie zu Umgestaltungsmaßnahmen am Latumer See Vorlage: DezIII/1692/2023	4
2.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Bürgerbeteiligung zu Veränderungen am Latumer See	6
3 Hitzeaktionsplan - Information über den Sachstand -, Vortrag Stephanie Zupo, Innovation City Management GmbH	7
4 Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie Vorlage: DezIII/1677/2023	7
5 Errichtung eines Bürgerpavillons in Meerbusch-Strümp Vorlage: SB11/1691/2023	9
6 Harmonisierung der Kreisverkehre innerorts Vorlage: FB5/0648/2023	10
7 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2022 Vorlage: DezIII/0646/2023	10
8 Anträge	11
8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Förderung zur Erstellung eines kommunalen Wärmeplans für Meerbusch Vorlage: DezIII/0455/2023	11
9 Anfragen	12
9.1 Anfrage der Fraktion GRÜN-alternativ zur Parkplätzen	12
10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	12
11 Termin der nächsten Sitzung 19.09.2023	13
12 Verschiedenes	13

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum S1/S2

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Heinz Berend Jansen

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Herrn Andreas Hoppe

Herr Thomas Jung Ratsmitglied Vertretung für Herrn Claus Fischer

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Max Pricken Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied Vertretung für Herrn Daniel Thywissen

Herr Dr. Harald von Canstein Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied Vertretung für Herrn Michael Bertholdt

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Egbert Meiritz Sachkundiger Bürger

Frau Sarah Winter Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Nüsret Seval Sachkundige Bürgerin

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beigeordneter

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Dana Frey Dezernat III

Herr Daniel Hartenstein Fachbereich 5

Sara Idrissi Fachbereich 5

Gäste

Herr Elter Rhein-Kreis Neuss zu TOP 2

Herr Michael Stevens Biologische Station RKN zu TOP 2

Herr Dr. Thomas Weiß
Frau Stephanie Zupo

DKC Kommunalberatung zu TOP 4
Innovation City Management zu TOP 3

Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Claus Fischer
Herr Andreas Hoppe
Herr Heinz Berend Jansen
Herr Daniel Thywissen

Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Wilhelm Thomes

Seniorenbeirat

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Neukirchen stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Sie weist auf die Tischvorlage Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Bürgerbeteiligung zu Veränderungen am Latumer See hin und schlägt vor, diesen unter TOP 2.1 auf die Tagesordnung zu nehmen. Dem stimmen die Ausschussmitglieder einvernehmlich zu.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Barbara Wiese fragt, ob der Errichtung des Pavillons in Strümp (TOP 2) ein politisches Gremium zugestimmt habe. Herr Betsch antwortet, dass das Ministerium für Heimat, Kommunales und Bau NRW dem Förderantrag für den Bau des Pavillons zugestimmt habe. Der Beschluss über die Umsetzung der Maßnahme solle heute im Ausschuss erfolgen.

Frau Wiese berichtet darüber, dass im vergangenen Jahr das Vorhaben einen Grillplatz mit Pavillon zu errichten aufgrund des Widerstands der Anwohner zurückgenommen worden sei und fragt, warum dieser Plan nun wieder aufgenommen worden sei, wenn auch zunächst ohne Grillplatz. Diese Stelle grenze an eine Wasserschutzzone und ein Landschaftsschutzgebiet. Herr Betsch erklärt, dass die Kleene Strömper von dem Vorhaben, einen Grillplatz zu errichten, Abstand genommen haben. Auf Frau Wieses Frage, ob die Maßnahme mit dem Klimaschutzkonzept in Einklang stehe, antwortet Frau Frey, dass diese Maßnahme nichts mit dem Klimaschutzkonzept zu tun habe. Der Standort des Pavillons sei auf einer öffentlichen Grünfläche geplant. Das Landschaftsschutzgebiet fange erst an dem Wäldchen an, Vorschriften zu Abständen gebe es keine.

Frau Dr. Blaum fragt, warum die Beschlussvorlage zu TOP 2 nicht auf die spezifischen Fragen des Bürgerantrags eingehe. Sie betrachte Begriffe wie „in weiten Teilen“ als zu unpräzise. Zudem vermisse sie die detaillierte Darstellung des LANUV. Frau Neukirchens Annahme, dass dieses im Rahmen des Vortrages von Herrn Stevens geklärt werden könne, wird bestätigt.

Zum Pavillon in Strümp fragt sie, ob es bekannt gewesen sei, dass der nördliche Teil der Fläche als schützenswertes Biotop kartiert sei. Dieses sei der Anlage zu TOP 2 zu entnehmen. Sie fragt, ob die Förderung nur für den ausgewählten Standort bewilligt wurde oder ob der Pavillon auch woanders errichtet werden könne, so z.B. auf dem Fouesnantplatz oder an der Skateranlage. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass diese Stelle ausgewählt worden sei, weil der Pavillon dort am ehesten seinen Zweck erfülle und am wenigsten störe. Es handle sich um zwei halbe Unterstände, die beidseitig des Weges aufstellt werden sollen und zum Weg hin offen seien.

2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW bzgl. Vorstudie zu Umgestaltungsmaßnahmen am Latumer See **Vorlage: DezIII/1692/2023**

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Vertagung des Beschlusses über die Vorlage der Verwaltung bzw. die weitere Vorgehensweise.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6		1
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	16		1

Ausschussvorsitzende Neukirchen erteilt der Petentin Birgit Jansen das Wort. Nachdem Frau Jansen sich dafür bedankt, dass aufgrund des Bürgerantrags eine Neukartierung des Gebietes um den Latumer See stattgefunden habe, kritisiert sie die Beratungsvorlage der Verwaltung dahingehend, dass diese in Teilen zu unkonkret sei, zu viel Spielraum lasse und nicht auf die einzelnen Vorschläge der Bürgeranregung eingehe. Sie bedauert, dass einige Aspekte bei der Beurteilung der biologischen Station außer Acht gelassen worden seien, so z.B. die Kleinsäuger wie Fledermäuse und die wirbellosten Tiere. Die Mitglieder des Aktionsbündnisses Latumer See haben das Ziel der Aufwertung der Natur. Sowohl der LANUV als auch die biologische Station kommen zu dem Ergebnis, dass dieses Gebiet bereits gegenwärtig stark durch Naherholungssuchende genutzt werde. Deshalb stelle sich die Frage, ob die Errichtung weiterer Attraktionen in diesem Gebiet zielführend sei. Sinnvoller könne es sein, eine andere Fläche für Natur und Kultur zu nutzen. Für das Gebiet um den Latumer See sei eine weitere Belastung unzumutbar.

Herr Stevens von der Biologischen Station trägt die Ergebnisse des von ihm erstellten Gutachtens vor. Zusammenfassend stellt er fest, dass das Gebiet ein wertvolles Gebiet sowohl für Naherholung als auch für Flora und Fauna sei, letztlich aber nicht die Kriterien zur Ausweisung als Naturschutzgebiet erfülle. Dennoch sei das Gebiet ökologisch wertvoll und daher schützenswert. Die Bestandsaufnahmen und Empfehlungen der Biologischen Station sollen Entscheidungshilfen sein, um das Ziel, eine Balance zwischen Naherholung und Schutz der Natur zu erreichen.

Anmerkung der Schriftführerin: die Präsentation ist Anlage zum Protokoll.

Herr Elter vom Rhein-Kreis Neuss, Freiraum- und Landschaftsplanung, bestätigt die Einschätzung, dass das Gebiet zwar nicht als Naturschutzgebiet ausgewiesen werde, aber dennoch würde der Rhein-Kreis Neuss keine größeren baulichen Eingriffe unterstützen. So würde beispielsweise eine Vergrößerung des Parkplatzes oder die Ergänzung der Aussichtsplattformen auf der Westseite abgelehnt. Ebenfalls sollte keine Plattform über das Wasser ragen und diese Plattformen sollten barrierefrei erreichbar sein. Von einer Asphaltierung der Rundwege solle abgesehen werden. Insgesamt seien jedoch Naherholung und Landschaftsschutz in diesem Gebiet harmonisierungsfähig. Die Etablierung von Kunstgegenständen bei einem gleichzeitigen Ausbau des Schutzes der Natur könne durchaus vereinbar sein. Diese Einschätzung solle den Standort zur Naherholung erhalten, die Umwelt schützen und den möglichen Ausweichdruck auf höherwertige Nachbarbiotope mindern.

Ratsherr Schoenauer erklärt, dass es Ziel sei, die Möglichkeit der Naherholung mit dem Schutz der Natur zu vereinbaren und verträglich zu gestalten. Die Verwaltung habe das in der Beschlussvorlage entsprechend dargestellt. Durch den Beschluss entsprechend der Vorlage werde lediglich der Rahmen festgelegt. Jede Einzelmaßnahme werde danach im Ausschuss beraten und beschlossen und dahingehend überprüft, ob sie den Empfehlungen aus der Kartierung entspreche.

Ratsfrau Winter erklärt, dass sie den Beschlussvorschlag der Verwaltung so verstehe, dass die Maßnahmen zukünftig mit den Behörden abgestimmt werden und nicht dem Ausschuss zum Beschluss vorgelegt werden sollen. Sie ist der Meinung, dass nun die Politik einen Rahmen festsetzen müsse, der die Anliegen des Bürgerantrags und die Stellungnahme der Biologischen Station und des LANUV berücksichtige. Aus diesem Grund beantrage sie die Vertagung des Beschlusses, um in einer der kommenden Sitzungen alle Vorschläge und Interessen zusammen zu diskutieren und einen Rahmen zu definieren, wie das Gebiet um den Latumer See zugunsten der Naherholung und des Naturschutzes gestaltet werden soll.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erläutert, dass nicht Verwaltung und Behörden über das weitere Vorgehen bestimmen, sondern, dass die Abstimmung dazu diene, genehmigungsfähige Vorschläge in den Ausschuss zur Beschlussfassung zu bringen.

Ratsherr Quaß erklärt, dass er der Vertagung zustimme, weil noch Klärungsbedarf und auch keine Eile bestehe.

Ratsherr Banse sieht die Parkplatzfrage als die politisch Entscheidende an. Eine Vertagung sei sinnvoll, damit in den Fraktionen beraten werden und anschließend die Diskussion im Ausschuss weitergeführt werden könne.

Ratsherr Schoenauer stellt für die CDU-Fraktion fest, dass keiner den Parkplatz in der von Herrn Henne vorgeschlagenen Form wolle. Er fragt, ob die Vertagung bedeute, dass auch der Meerbuscher Kulturkreis mit seinem Anliegen nicht weiterkomme. Darauf antwortet Erster und Technischer Beigeordneter Apsel, dass diese Themen nicht voneinander zu trennen seien, da auch für die Installation der Kunstwerke möglicherweise Eingriffe nötig seien. Die Themen seien zusammen zu betrachten, um die angestrebte Balance zwischen Naherholung und Naturschutz erreichen zu können.

Ausschussvorsitzende Neukirchen lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

2.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Bürgerbeteiligung zu Veränderungen am Latumer See

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Klima, Umwelt, Bau beauftragt die Verwaltung noch im Jahr 2023 eine Bürgerbeteiligung zu möglichen Umgestaltungen am Latumer See durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	1		1
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	7	9	1

Der Antrag wird abgelehnt.

Ratsfrau Winter begründet den Antrag ihrer Fraktion damit, dass die Bevölkerung möglichst frühzeitig in die Planungen einbezogen werden sollte. Dadurch sei ein Interessenausgleich und eine Sensibilisierung möglich, um die Ziele Naturschutz und Naherholung und kulturelles Erleben zu vereinbaren. Eine gemeinsame Sitzung mit dem Kulturausschuss biete sich dafür auch an.

Ratsherr Schoenauer sieht keinen Sinn in der Durchführung einer Bürgerbeteiligung, da der Beschluss nun vertagt worden sei. Das Thema der Umgestaltung des Latumer Sees sei nicht vergleichbar mit der Umgestaltung des Fähranlegers, die viel größere Auswirkungen haben würde. Zum jetzigen Zeitpunkt hält auch Ratsherr Banse die Bürgerbeteiligung für unnötig. Später könne sie eventuell sinnvoll sein. Ratsherren Quaß und Wagner befürworten eine Bürgerbeteiligung, denn aus dem Kreis der Bürgerschaft könnten durchaus konstruktive Ideen kommen.

3 Hitzeaktionsplan - Information über den Sachstand -, Vortrag Stephanie Zupo, Innovation City Management GmbH

Frau Stephanie Zupo, Innovation City Management stellt den Hitzeaktionsplan vor.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist Anlage zum Protokoll.

Anschließend beantwortet Frau Zupo Fragen der Ausschussmitglieder.

4 Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie Vorlage: DezIII/1677/2023

Beschluss:

Der Umwelt, Klima, Bau vertagt auf Antrag der Fraktion GRÜN-alternativ Meerbusch den Beschluss über die Nachhaltigkeitsstrategie.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	15	0	2

Herr Dr. Weiß, DKC Kommunalberatung GmbH, trägt die Erstellung und Prozessbegleitung der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie vor.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist Anlage zum Protokoll.

Ratsherr Quaß greift den Begriff der „konsensorientierten Maßnahmenvorschläge“ auf und erläutert, dass zwar viele Konzepte beschlossen werden, aber häufig in Fällen von drastischen Einschränkungen oder Veränderungen wieder aufgeweicht werden. Da er der Meinung ist, dass viele Maßnahmen sich schneller bzw. sofort umsetzen ließen, fragt er, wer den Zeithorizont festgesetzt habe. Herr Dr. Weiß erklärt, dass die Festlegung in Abstimmung mit den Fachbereichsleitungen erfolgt sei und dass es wichtig sei, dass die Zeiträume realistisch seien. Aufgrund der Menge an Informationen bittet Ratsherr Quaß um Vertagung.

Ratsherr Gabernig gibt zu bedenken, dass manche städteplanerischen Maßnahmen zu einschränkend seien. So z.B., dass zukünftige Planungen sich nur auf städtische Grundstücke beziehen oder Quartiersparken ausgeschlossen werden soll.

Ratsherr Banse weist darauf hin, dass eine Evaluierung fehle und bittet darum, dieses im Beschlussvorschlag zu ergänzen. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt aus, dass in Meerbusch bereits bisher viele Planungen im Sinne der Nachhaltigkeit vorgenommen worden seien, so z.B. im Bereich Kalverdonk. Das vorliegende Strategiepapier liefere für die Verwaltung, die Politik und die Bürger die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit, bei jedem neuen Projekt zu bewerten, ob die Planung mit der Nachhaltigkeitsstrategie konform ist. Der Leitfaden sei demnach als Werkzeug zur Gestaltung der Nachhaltigkeit zu betrachten.

Ratsfrau Winter stellt die Frage nach dem konkreten Prozessablauf hinsichtlich des Monitorings und der Nachjustierung.

Ratsherren von Canstein und Schoenauer weisen darauf hin, dass Probleme nicht durch Konzepte gelöst werden, sondern dass es die politische Aufgabe sei, Zielkonflikte abzuwägen und Entscheidungen zu treffen. Die Strategie liefere dazu wichtige Orientierungsansätze, deren Umsetzung jedoch u.U. schwierig sein könnte. Ratsherr Jörgens vermisst eine Priorisierung der Maßnahmen und hält es für wichtig, dieses nachzuholen. Ratsherr Wagner bittet darum, in den Steckbriefen zu ergänzen, welche Ressourcen zur Umsetzung benötigt werden und ob diese vorhanden seien. Ratsherr Gabernig fragt nach einer Empfehlung für die Umgangsweise mit dem Konzept. Herr Dr. Weiß erläutert, dass es nicht möglich sei, Vorgaben zu machen, da die Implementierung in jedem Bereich unterschiedlich erfolgen werden. Die Ziele und Maßnahmen seien von der Verwaltung in Workshops erarbeitet und dann in den Checklisten festgehalten worden. Für den Umgang mit den Checklisten ergeben sich fachbereichsspezifische Vorgehensweisen, die auf Fachbereichsebene entwickelt werden müsse. Bestandteil des Monitoring Konzepts sei die regelmäßige Evaluierung, beispielsweise im jährlichen Rhythmus. Eine Koordinierungsstelle könne die Ergebnisse sammeln, übergeordnet betrachten und ggfs. zur Überarbeitung anregen.

Ausschussvorsitzende Neukirchen lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

5 Errichtung eines Bürgerpavillons in Meerbusch-Strümp Vorlage: SB11/1691/2023

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Klima, Bau beschließt einen zweiteiligen Bürgerpavillon in Holzbauweise im Bereich des Grünzugs an der Buschstraße zu errichten und mit Informationsmaterial über die Geschichte Strümps ausstatten zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	13	4	0

Erster und Technischer Beigeordneter berichtet, dass die Kleene Strömper sich mit dem Anliegen an den Bürgermeister gewendet haben, einen Grillplatz und einen Pavillon errichten zu wollen. Inzwischen sei man jedoch von dem Grillplatz abgerückt.

Herr Betsch erläutert, dass es sich bei dem Pavillon nicht um einen Raum handle, sondern vielmehr um zwei offene Unterstände, die zum Weg hin offen seien. Eingehend auf die Äußerung von Frau Dr. Blaum in der Einwohnerfragestunde erklärt Herr Betsch, dass dieses Biotop in der Kartierung mit „Gehölze entlang eines Grabens in Meerbusch Strümp“ benannt sei. Dabei gehe es um den Schutz der vorhandenen Gehölze. Durch die Errichtung des Pavillons werde nicht in die Gehölzstruktur eingegriffen. An dieser Stelle sei nur Wiese.

Sachkundiger Bürger Meiritz hält den gewählten Standort nicht für geeignet, da die Fläche gemäß der Kartierung des LANUV als Gesamtfläche zu sehen sei. Es könne sein, dass die Ausbreitung der Gehölze nur zufällig noch nicht so weit fortgeschritten oder ein Rückschnitt erfolgt sei. Deshalb sei es sinnvoll, einen alternativen Standort zu suchen.

Ratsherr Quaß kritisiert die Vorgehensweise in diesem Projekt. Die Verwaltung habe Fördermittel beantragt für eine Maßnahme, die bis heute nicht im Ausschuss vorgestellt worden sei. Die Kleene Strömper haben bereits letztes Jahr in der Presse von Ihrem Vorhaben und der Unterstützung durch die Verwaltung berichtet. Es stelle sich die Frage, warum in diesem Fall kein Antrag nach §24 GO nötig gewesen sei. Die Kleene Strömper vertreten nicht die Interessen aller in Strümp lebenden Menschen. Die Anwohner der Buschstr. und auch der Josef-Kothes-Str. seien nicht gefragt worden. Insgesamt betrachte seine Fraktion den Standort als ungeeignet.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass der Rat bereits über den Grillplatz entschieden habe und dementsprechend die Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Die Möglichkeit zur

Förderung habe sich nach dem Ratsbeschluss ergeben, die Mittel seien lediglich schon beantragt, aber noch nicht ausgezahlt worden. Der Verein beteilige sich mit 16.000 €, so dass die Verwaltung nun lediglich den Restbetrag von 5.000 € finanzieren müsse. Über die Realisierung des Projektes in der vorgeschlagenen Art und Weise solle der Ausschuss heute beschließen.

Ratsherr Wagner befürwortet das Projekt, führt jedoch an, dass durch die Abkehr von einem Grillplatz die Haushaltsmittel nun für einen ganz anderen Zweck verwendet werden sollen. Bei dem Pavillon stehe nun der kulturelle Aspekt im Vordergrund, so dass ein Grillplatz an anderer Stelle trotzdem entstehen solle.

6 Harmonisierung der Kreisverkehre innerorts **Vorlage: FB5/0648/2023**

Ratsherr Gabernig fragt, ob es sich bei den vorgestellten Kreisverkehren um innerörtliche handle. Dieses bejaht Herr Hartenstein und berichtet, dass bereits beim Rhein-Kreis Neuss angefragt worden sei, um auch außerorts liegende Kreisverkehre zu vereinheitlichen. Es gehe um die Außerortsrichtlinie, die nicht einfach durch ein Versetzen der Schilder zu umgehen sei. Die Verwaltung werde, sobald sich eine Möglichkeit durch eine Veränderung der Rechtslage ergebe, entsprechend reagieren. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass an dieser Stelle eventuell im Rahmen der zukünftigen städtebaulichen Entwicklung diese Problematik möglicherweise noch einmal mit dem Straßenbaulastträger Straßen NRW bzw. dem Rhein-Kreis Neuss thematisiert werde.

7 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2022 **Vorlage: DezIII/0646/2023**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Frau Frey berichtet, dass zur Vorbereitung auf die europaweite Ausschreibung der Abfallentsorgung der Stadt Meerbusch dem Ausschuss nach den Sommerferien 2023 das Abfallbeseitigungskonzept zum Beschluss vorgelegt werde.

8 Anträge

8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Förderung zur Erstellung eines kommunalen Wärmeplans für Meerbusch Vorlage: DezIII/0455/2023

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beauftragt die Verwaltung, noch im Jahr 2023 einen Antrag auf Förderung zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung für das Stadtgebiet Meerbusch zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	8	9	0

Der Antrag wird ablehnt.

Ratsfrau Winter führt aus, dass die NRW-Landesregierung in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und Grünen beabsichtige, dass kommunale Wärmeplanungen Aufgaben der Kommunen werden sollen, so dass es dann keine Förderungen mehr geben werde. Bis Ende dieses Jahres bestehe noch die Möglichkeit, die Wärmeplanung mittels einer Förderung auf den Weg zu bringen.

Ratsherr von Canstein berichtet, dass der Kreistag am 29.03.2023 beschlossen habe, dieses federführend für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu übernehmen. Der Kreisdirektor habe eine zeitnahe Antragstellung zugesagt.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass er über dieses Thema bereits im Februar von Herrn Pufja, Geschäftsführer der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG, informiert worden sei. Da die Stadtwerke über Informationen verfügen, die für die Erstellung einer Wärmeplanung relevant seien, könne diese Aufgabe eventuell dorthin verlagert bzw. weitgehend unterstützt werden.

Ratsherr von Canstein habe von Herrn Pufja die Information, dass es auch für die Stadtwerke schwierig sei, diese Planung vorzunehmen. Der Rhein-Kreis Neuss habe bereits Gespräche mit den Stadtwerken Neuss geführt, die wesentlich höhere Kapazitäten haben. Aus diesem Grund rät Ratsherr von

Canstein dazu, dass Meerbusch sich dem Vorhaben des Rhein-Kreises Neuss anschlieÙe. Ratsfrau Winter spricht sich dafür aus, beide Möglichkeiten zu verfolgen.

9 Anfragen

9.1 Anfrage der Fraktion GRÜN-alternativ zur Parkplätzen

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass die Antwort auf die Anfrage dem Protokoll beigelegt werden soll.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Antwort ist Anlage zum Protokoll.

10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

1. Herr Betsch berichtet über die Begehung im Ortsteil Lank am 22.03.2023, die anlässlich der Erarbeitung von Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms „Stärkung der Innenstädte“ durchgeführt worden sei. Am Sitzrondel in der Fußgängerzone sei über eine mögliche Umgestaltung gesprochen worden, die einen barrierefreien Zugang und generationsgerechte Möblierung beinhalten könnte. Dabei sei aufgefallen, dass die Krone der Linde die fünf Kugelrobinien sehr stark dominiere. Eine Kugelrobinie sei bereits eingegangen. Deshalb sei beschlossen worden, die Kugelrobinien zu entfernen. In diesem Zuge sollen größere Flächen entsiegelt und mit Gräsern und Stauden bepflanzt werden, so dass ein höherer ökologischer Wert entstehe.
2. Herr Betsch informiert über eine Vorlage für die nächste Ratssitzung, in der eine dringliche Entscheidung über eine überplanmäßige Ausgabe im Rahmen der Sanierung der Sportanlage Bösinghoven genehmigt werden soll. Bei der Erneuerung des Kunstrasens sei festgestellt worden, dass entgegen der ursprünglichen Untersuchung und daraus folgenden Annahme, die darunterliegende Elastikschicht nicht nur stellenweise ausgebessert, sondern komplett entfernt und erneuert werden müsse. Dieses führe zu Mehrkosten in Höhe von ca. 80.000 €, für die es einen Deckungsvorschlag gebe. Da der Sportplatz momentan nicht nutzbar sei, müsse schnellstmöglich ein Auftrag für die Arbeiten erteilt werden, damit die Bauarbeiten weitergehen können.
3. Frau Frey erklärt, dass die erste Lastenradstation in Lank fertig gestellt sei und eine zweite im Sommer in Buderich errichtet werde.
4. Frau Frey informiert darüber, dass durch den Rückzug eines großen Antragstellers wieder 100.000 € zur Förderung der Dachbegrünung zur Verfügung stehen. Allerdings müsse die Landesförderung bis Ende September abgerechnet werden. Die Fördermöglichkeit werde veröffentlicht, so dass man auf den Eingang einiger Anträge hoffe.
5. Frau Frey berichtet, dass das Land von allen Städten, für die eine Lärmkartierung vorgenommen wurde, einen Lärmaktionsplan fordere, der bis spätestens Juli 2024 fertiggestellt sein müsse. In

Meerbusch soll mit der Erstellung des Lärmaktionsplanes ein Ingenieurbüro beauftragt werden. Die Preisanfrage sei inzwischen erfolgt. Es sei mit Kosten in Höhe von 20.000 € zu rechnen.

11 Termin der nächsten Sitzung 19.09.2023

12 Verschiedenes

1. Ratsherr von Canstein fragt, ob und welche Anregungen der Anwohner und der Landwirte hinsichtlich der geplanten Einbahnstraßenregelung auf dem Kreuzwildweg aufgenommen worden seien. Herr Hartenstein sagt eine Beantwortung im Rahmen des Protokolls zu.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Antwort ist Anlage zum Protokoll

2. Ratsherr Banse berichtet über den Bau eines kleinen Gebäudes auf der Buschstraße und Strümp. Dahinter habe ein Anwohner ein Gatter und nun Probleme, dieses zu öffnen. Er fragt, ob dieser Anwohner vorher über den Bau informiert worden sei.

Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Sitzung gibt Herr Hartenstein zu Protokoll, dass es sich um eine Schaltstation für den Glasfaserausbau der Deutschen Glasfaser handle. Der Standort sei mit dem Baulastträger und der Deutschen Glasfaser abgestimmt und so gewählt, dass keine Zufahrtsbehinderungen entstehen. Sollte es hier noch Klärungsbedarf geben, können sich Betroffene direkt an den Straßenbaulastträger wenden (Tel.: 02150-916 206).

3. Ratsherr Banse erkundigt sich nach den Erfahrungen der Parkregelung an der Kolpingstraße (Elternhaltestelle) Er habe von Irritationen der Anwohner erfahren.

Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Sitzung gibt Herr Hartenstein zu Protokoll, dass die Haltestelle erst gänzlich (Beschilderung) hergestellt werden und sich dann einspielen müsse. Deshalb sei es zu früh, um eine Aussage über den Regelablauf machen zu können.

4. Ratsherr Banse fragt, welche zusätzlichen Belastungen auf Meerbusch zukommen, wenn die Uerdinger Brücke für den Schwerlastverkehr gesperrt wird.

Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Sitzung gibt Herr Hartenstein zu Protokoll, dass sich - wie bei jeder überörtlichen Sperrung - Umlagerungsverkehr einstellen werde. Es sei anzunehmen, dass dieser über die A40 und A44 erfolgen werde. Die Umverlagerung werde auch stark von der Auslastung der A57 abhängen. Verlässliche Aussagen können derzeit nicht getroffen werden.

5. Ratsherr Banse weist darauf hin, dass Energieberatung auch auf den Bereich der Mehrfamilienhäuser ausgedehnt werden sollte.
6. Ratsherr Wagner erkundigt sich danach, ob die Tempo-30 Schilder an der Moerser Straße wieder aufgestellt werden können. Frau Frey erklärt, dass der Eilantrag des Klägers abgelehnt worden sei. Das Gericht habe jedoch noch nicht abschließend entschieden.

7. Ratsherr Quaß berichtet, dass der Flughafen zwar den Antrag auf Kapazitätserweiterung zurückgezogen habe, jedoch schon neue Wünsche, wie den Zwei-Bahn-Betrieb und die Regelungen zum Nachtflugverbot, anklingen lassen habe. Er regt an, einen Geschäftsführer des Flughafens in den Rat oder den Hauptausschuss einzuladen.

Meerbusch, den 24. Mai 2023

Barbara Neukirchen
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in